

## **Stellungnahme des Vereins für eine produzierende Landwirtschaft (VPL) zum ständerätlichen Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative: GEFÄHRLICH UND EXISTENZGEFÄHRDEND**

Bern, 05.12.2016

**Der Vorstand des Vereins für eine produzierende Landwirtschaft (VPL) unterstützt unverändert die zusammen mit dem Schweizerischen Bauernverband (SBV) ausgearbeitete und erfolgreich lancierte Initiative für Ernährungssicherheit. Bei dem vom Ständerat ausgearbeiteten und beschlossenen Gegenvorschlag befürchtet der VPL dagegen für die produzierende Landwirtschaft grosse Nachteile und die Existenzgefährdung vieler Betriebe.**

Kerngehalt der Ernährungssicherheits-Initiative ist die Stärkung der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion. In dem vom Ständerat beschlossenen Gegenentwurf fehlt der Begriff «einheimischen Produktion» vollumfänglich. Dies bedeutet eine klare Absage an die Förderung und Priorisierung der inländischen Produktion. Damit wird die Hauptstossrichtung der Ernährungssicherheits-Initiative aufgegeben und negiert.

Verstärkt wird diese Interpretation durch den Umstand, dass der ständerätliche Gegenvorschlag ausdrücklich und explizit «grenzüberschreitende Handelsbeziehungen» im Landwirtschaftsbereich verlangt. Diese Forderung steht im totalen Gegensatz zur Initiative für Ernährungssicherheit, welche die Aufrechterhaltung des Grenzschutzes für landwirtschaftliche Produkte fordert.

Der Gegenvorschlag des Ständerates basiert im Wesentlichen auf dem ursprünglichen Gegenentwurf des Bundesrates. Dieser lässt in seinem erläuternden Bericht keine Zweifel offen, dass mit einem neuen Artikel 102a in der Bundesverfassung die Rechtsgrundlagen geschaffen werden sollen für die Reduktion des Grenzschutzes, die Öffnung der Agrarmärkte und die Erhöhung der Importe landwirtschaftlicher Produkte in die Schweiz. Diese Strategie ist besonders im Hinblick auf ein Agrarabkommen mit der EU für die produzierende Landwirtschaft sehr nachteilig und existenzgefährdend. Hinzu kommt, dass mit dem ständerätlichen Gegenvorschlag die Forderungen der Ernährungssicherheits-Initiative nach einer Reduktion des administrativen Aufwandes in der Landwirtschaft und die Schaffung von mehr Rechts- und Investitionssicherheit ohne Gegenleistung fallen gelassen werden.

Medienmitteilung



Aus der Sicht des VPLs wird mit dem Gegenvorschlag des Ständerates die rechtliche Stellung der produzierenden Landwirtschaft im Vergleich zum geltenden Recht massiv verschlechtert. In der jetzigen Form kann der Gegenvorschlag des Ständerates nicht akzeptiert werden. Der VPL wird den weiteren Verlauf der Beratung genau verfolgen.

**Medienkontakt**

a.Nationalrat  
Rudolf Joder  
Präsident VPL  
Tel.: 079 819 53 08